

Niederschrift
über die 11. Sitzung des Gesundheitsausschusses
am 19.09.2016 in Köln, Landeshaus

Punkt 11
Anträge und Anfragen der Fraktionen

Herr Kresse hebt hervor, im Gesundheitsausschuss sei mehrfach das "Projekt Udo Klaus" angesprochen worden. Die Präsentation der Ergebnisse der Studie finde am 27.10.2016, 18:00 Uhr, im Landeshaus, statt. Udo Klaus' Verhältnis zum NS-Gedankengut habe die "Entnazifizierung" in der Kommunalverwaltung im Rheinland sowie die Psychatriegeschichte von 1953 bis 1975 des Landschaftsverbandes Rheinland geprägt. Herr Kresse erinnert kurz, dass auf Grund des äußeren Drucks im Rahmen der Aufstellung der "Grauen Busse" der Gesundheitsausschuss aufgefordert gewesen sei, sich mit der Vergangenheit von Udo Klaus zu befassen. Die Wahrung von Menschenrechten sei schon immer ein zentrales Anliegen des Landschaftsverbandes Rheinland gewesen. Es sei darauf hinzuweisen, dass die UN-BRK Bestandteil des Aktionsplanes des Landschaftsverbandes Rheinland sei. Es müsse aber auch erkannt werden, dass es einen Generationenwechsel in den Einrichtungen des Landschaftsverbandes Rheinland gebe. Viele in der Psychiatrie tätige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hätten keine direkten Erfahrungen mit der NS-Vergangenheit, der Psychiatrie-Enquete und mit den menschenunwürdigen Verhältnissen in der Psychiatrie in den 60er Jahren. Die Psychiatrie-Enquete sei mit großer Kraftanstrengung umgesetzt worden. Es stelle sich die Frage, wie das Wissen um Menschenrechtsverletzungen und das Eintreten für die Menschenrechte an die heutige Generation weitergegeben werden könne und welche Informationsorte es im Rahmen der psychiatrischen Versorgung zu dieser Thematik gebe. Es sei positiv hervorzuheben, dass sich die Psychiatriemuseen in den LVR-Kliniken Bonn und Düren im Aufbau befinden. Der neuen Generation müsse eine Konzeption vermittelt werden, aus der sie lernen könne.

Herr Kresse bittet die Verwaltung, der politischen Vertretung in einer der nächsten Sitzungen vorzustellen, welche Konzeption zur Bewussthaltung der Psychatriegeschichte und damit verbunden zur Menschenrechtsbildung im Psychiatriebereich besteht.

Der Gesundheitsausschuss stimmt dem zu.